

**DAS
FREIE
FORUM**

**S 205 66F
ISSN 1432-0223**

INFORMATIONSDIENST

MITTEILUNGSBLATT DER GESELLSCHAFT FÜR FREIE PUBLIZISTIK E. V.

Nummer 4

60. Jahrgang

Oktober/November/Dezember 2020

Zum Tod von Peter Dehoust

Ein vorbildlicher Patriot

Harald Neubauer

Wir haben den Verlust eines Mannes zu beklagen, der in Geist und Haltung die Zielsetzungen der Gesellschaft für Freie Publizistik idealtypisch vorlebte. Und das über viele Jahrzehnte, stetig und unbeirrbar, bis zum letzten Atemzug. Die Rede ist von unserem Freund Peter Dehoust. Im Alter von 84 Jahren hat er uns verlassen.

Aus einer pfälzischen Beamtenfamilie hugenottischer Herkunft stammend, wurden ihm Pflichtbewußtsein und Widerstandskraft wohl schon genetisch mitgegeben. Bereits als jugendlicher Aktivist, während des Studiums der Rechtswissenschaft und der Publizistik in Heidelberg und München, betrieb er das, was man heute ›Netzwerken‹ nennt. Er brachte bundesweit Gleichgesinnte zusammen, zeigte Flagge auf dem Campus.

1961 gründete er den *Deutschen Studenten-Anzeiger*. Das national-freiheitliche Blatt war mit nahezu 50.000 Exemplaren die auflagenstärkste Studentenzeitung der 1960er und 1970er Jahre. Den sogenannten 68ern zum Trotz. Dieser Erfolg, unter den heutigen Umständen kaum mehr vorstellbar, macht erklärlich, weshalb sich Dehoust der publizistischen Arbeit hauptberuflich verschrieb. Schon damals zeigte sich der *homo politicus*, der durch und durch politische Mensch, der in einem reinen Brotberuf keine Erfüllung gefunden hätte.

1971 übernahm er in der Nachfolge von Arthur Ehrhardt die in Coburg angesiedelte Monatszeitschrift *Nation Europa* als Herausgeber. Mißverständnisse ausräumend, hieß es alsbald *Nation & Europa*. Gemeint war ein Europa der Vaterländer, kein EU-Zentralstaat heutigen Gepräges. Aus dieser Orientierung heraus ergaben sich Kontakte zu Gleichdenkenden in den europäischen Nachbarländern, Kontakte zu Parteien und namhaften Persönlichkeiten.

Auch deshalb ist der von links erhobene Vorwurf der ›Ausländerfeindlichkeit‹ ja so absurd. Patrioten achten und respektieren sich über Landesgrenzen hin-

Peter Dehoust (hier bei einem Kongreß der GfP) setzte sich sein Leben lang unermüdlich für die in der BRD stark bedrohte Meinungsfreiheit ein und verbreitete Optimismus: »Der Pessimist ist der einzige Mist, auf dem nichts gedeiht!«



weg. Der Kampf gegen Überfremdung erschien der *N&E*-Redaktion als gesamt-europäische Aufgabe. Liest man nach, was Dehoust schon vor 50 Jahren über den drohenden Bevölkerungsaustausch schrieb, könnte man fast hellseherische Begabung vermuten.

Glücklicherweise gab es nicht nur schlimme Befürchtungen; es gab – auf anderem Gebiet – auch Zuversicht und Optimismus. 45 Jahre lang war unser Land geteilt. Nicht wenige Menschen hatten sich daran gewöhnt, und die herrschende Politik propagierte eine »Anerkennung der Realitäten«. Was aber tat Dehoust? Er entzündete Mahnfeuer an der innerdeutschen Demarkationslinie und prophezeite den Zusammenbruch des SED-Regimes. Der Geist weht eben nichts links, nicht dort, wo man sich mit Unrecht und Wahnsinn arrangiert.

Verfechter der nationalen Einheit hatten es freilich nicht leicht. Erst als weltfremde Phantasten verlacht, wurden sie dann als Reaktionäre und Revanchisten geschmäht, gar als »Rechtsextremisten« verleumdet. Von daher erklären sich die Hindernisse und Mißlichkeiten, die mit der Herausgabe eines patriotischen Blattes verbunden waren und sind. Der Vertrieb wird boykottiert, größere Anzeigen bleiben aus, und zuweilen werden sogar Druckereien angezündet. Man unterliegt wirtschaftlicher und politischer Ächtung.

Peter Dehoust hat sich davon nicht beirren lassen. Er stabilisierte das Fundament des *N&E*-Verlages durch Zukauf anderer Zeitschriften und Verlage gleicher Ausrichtung, darunter die *Deutschen Monatshefte* und die *Deutsche Rundschau*, ??der K.W. Schütz-Verlag und die Werkpflege des ehemaligen Munin-Verlages. Zudem baute er einen Buchversand auf, der schließlich zu den größten seiner Art zählte.

Eine imponierende Leistung, und sie wird noch beeindruckender, wenn man weiß, daß Dehoust unter chronisch schmerzhaftem Bechterew-Rheuma litt. Da wird jede geistige und körperliche Anstrengung zu einer besonderen Herausforderung. Das alles belastete natürlich auch die Familie – erst recht, als eines der Dehoust-Kinder bei einem Unfall zu Tode kam.

Es mangelte also nicht an Prüfungen und Strapazen. Dennoch widmete sich Dehoust einer weiteren Aufgabe, indem er beharrlich zwischen den nicht selten konkurrierenden Kräften auf der rechten Seite des politischen Spektrums zu vermitteln suchte. »Dehoust ist kein Mann einer Partei, sondern ein Mann Deutschlands«, urteilte der Politikwissenschaftler und Ex-Bundestagsabgeordnete Dr. Alfred Mechttersheimer. Deshalb gab es wohl keinen prominenten Patrioten, mit dem der Coburger Multiplikator nicht in mehr oder minder engem Kontakt stand: Adolf von Thadden, Martin Mußgnug, Franz Schönhuber, Dr. Gerhard Frey – um nur einige der Verstorbenen zu nennen. Sie alle schätzten Dehousts Augenmaß und Ehrlichkeit.

1992 wurde mir die *N&E*-Mitherausgeberschaft angetragen. Unsere Zusammenarbeit war so eng und unproblematisch, dass mir Dehoust zwei Jahre später den Verlag gänzlich übertrug. Aus Partnerschaft wurde Freundschaft. 26 Jahre lang. Bis zum Schluss. Wegen dieser langjährigen Nähe weiß ich, weshalb Peter Dehoust so viele Freunde hatte: Er war meinungsstark, aber nicht streitsüchtig. Er suchte Übereinstimmung, nicht das Haar in der Suppe. Und auf sein Wort war Verlaß. Hinzu kam eine zuweilen samariterhafte Hilfsbereitschaft.

Heute laufen ja überall ›Gutmenschen‹ herum. Zu dieser Spezies zählte Dehoust nicht. Er war ein guter Mensch, kein Gutmensch. 1976 rief er das ›Hilfskomitee Südliches Afrika‹ ins Leben, leistete humanitären Beistand für deutsche Siedler im Süden des keineswegs nur schwarzen Kontinents. Das Hilfskomitee sammelte Geld und Sachspenden, förderte insbesondere den Deutschunterricht dortiger Privatschulen.

Und dann war da noch – last not least – die ›Gesellschaft für freie Publizistik‹. Ihrem Vorstand gehörte Dehoust jahrzehntelang an, zuweilen als Fels in der Brandung und geschätzt als *Primus inter pares*, dessen Wort in mancher Diskussion den Ausschlag gab. 1996 erhielt er wegen seines unermüdlichen Kampfes für Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit die Ulrich-von-Hutten-Medaille.

Auch im sogenannten Ruhestand blieb Dehoust unruhig, hielt Vorträge, pflegte alte und neue Kontakte. Waren es früher Kongresse auf Bundesebene, moderierte er jetzt Gesprächskreise der regionalen Basis, gelegentlich in seinem Garten. Und er holte renommierte Referenten zur ›Coburger Runde‹. Auch sie sein Werk. Wie so vieles andere, was in langer und intensiver Arbeit dazu beitrug, patriotisches Gedankengut zu erhalten und dieses auch parteipolitisch wieder zur Geltung zu bringen.

Peter Dehoust wird uns fehlen. Seine Vorbildhaftigkeit aber bleibt uns erhalten und währt ebenso fort wie unsere Dankbarkeit, einen solch außergewöhnlichen Freund und Mitstreiter gehabt zu haben. Möge er in Frieden ruhen. ■

Kein Nachruf: Donald Trump war ein Fanal

Die Eliten des Westens haben die Signale aus den Völkern noch nicht gehört oder hören angewidert weg. Das betrifft die USA, die EU und natürlich auch Deutschland. Thomas Assheuer hat in *Zeit online* am 10. November 2020 Trump als ein Symptom einer unbegriffenen Krise interpretiert. Mit ihm, so schreibt er, haben die USA in einen Abgrund geschaut. Trump sei Produkt seines Zeitalters. Die Weltfinanzkrise seit 2007, »als Millionen Bürger ihre Alterssicherung, ihren Job und sogar ihr Heim verloren, während die Verantwortlichen straflos und die Reichen und Superreichen mit einem blauen Auge davonkamen«, habe eine kollektive Verunsicherung verursacht. Diese kollektive Verunsicherung hält an und wird durch die Corona-Krise noch verstärkt. Assheuer schreibt weiter:

»Glühende Transatlantiker und fromme Westler konnte das seltsamerweise nicht aus der Ruhe bringen. Für sie war Trumps Präsidentschaft nur eine häßliche Episode, eine Störung im Betriebsablauf des an sich fabelhaften amerikanischen Liberalismus. Sobald der Spuk vorüber sei, springe ›God's own country‹ wieder ins alte Gleis. Wie schön. Wie beruhigend. Beunruhigender ist eine Sicht auf Trump, die ihn nicht als Ausreißer, als rätselhaften Zwischenfall betrachtet, sondern als Symptom einer unbegriffenen Krise. Oder mit einem Wort von Henry Kissinger als ›eine jener historischen Gestalten, die von Zeit zu Zeit erscheinen, um das Ende einer Ära einzuläuten und sie zu zwingen, ihre alten Schutzbehauptungen aufzugeben‹.«

Sibylle Berg hat im Interview der *FA Sonntagszeitung* vom 15. November 2020, Seite 37, sehr nett formuliert: »Die Zeit der alten Oligarchen, die die Welt als Büffet betrachten, das sie leer fressen können, ist so peinlich überholt, so wider die Intelligenz.« Doch die »alten Oligarchen« sind aufgegangen in riesigen Finanzunternehmen, welche die größten Teile der westlichen Weltwirtschaft kontrollieren. Es wird weiter am globalen Büffet gefressen. Es sind die Manager dieser Finanzunternehmen, die das Geld der Superreichen verwalten. In der *Wirtschaftswoche* und im *Handelsblatt* wird nicht selten vom »Blackrock-Kapitalismus« gesprochen, um auf die neue Qualität der Kapitalkonzentration hinzuweisen. In den USA gehören 90% aller Aktien und Fonds den reichsten 10% der US-Bürger, während die vermögensschwächsten 50% dagegen nur 0,6% solcher Vermögenstitel halten. Es sollen rund 300.000 Personen sein, für die in den USA die Politik gemacht wird. Es gehört übrigens auch zur neuen Qualität des Kapitalismus in Deutschland, daß man einen ehemaligen Aufsichtsratsvorsitzenden von Blackrock-Deutschland, eben Friedrich Merz, zum Bundeskanzler machen möchte.

Auch wir haben sozusagen amerikanische Verhältnisse, dank der Beseitigung der ›Sozialen Marktwirtschaft‹ seit über dreißig Jahren und dank der Blindheit derer, die sich als ›Elite sehen‹. Es ist ein Fanal, daß ein US-Milliardär es auf sich genommen hat, den Zustand des US-Kapitalismus zu kritisieren und den Versuch begonnen hat, ihn zu verändern, um ihn zu stabilisieren und vor der Wut der immer größeren Zahl der Benachteiligten zu schützen. Donald Trump war kein Betriebs-

unfall der Geschichte. Die arbeitenden Unter- und Mittelschichten fanden ihn toll und keinesfalls tollwütig. Tollwütig fanden ihn seine Gegner und die Feinsinnigen der ›Politischen Korrektheit‹, die den politisch wiedererwachenden Bürgern die deutliche politische Volkssprache nehmen möchten. Trump hat 2016 zur Wahl 63 Millionen Stimmen bekommen und im Jahr 2020 sogar 73,9 Millionen. Also über 10 Millionen mehr!

Daß jetzt Biden die Wahl gewonnen hat, liegt sicher nicht zuletzt am ›tiefen Staat‹ der die ganze Zeit gegen Trump gearbeitet hat. Wiederholt verdächtigte Trump öffentlich den ehemaligen FBI-Direktor James Comey und dessen Stellvertreter Andrew Mc Cabe, sie stünden im Mittelpunkt einer angeblichen Verschwörung des ›tiefen Staates‹ (*deep state*) gegen ihn.

Im Buch *Der tiefe Staat schlägt zu. Wie die westliche Welt Krisen erzeugt und Kriege vorbereitet* (Ulrich Mies, Promediaverlag Wien 2019) werden in der Einleitung die Kreise des ›tiefen Staates‹ genannt, die heute durch die neokonservative Ideologie verbunden sind: »Diese unterhalb des Radars der Öffentlichkeit wirkenden Kräfte setzen sich u.a. zusammen aus dem Finanzkapital, der Rüstungskonzern- und Lobbymacht, Teilen von Regierungen wie Außen-, Kriegs- und Finanzministerien, neokonservativen Think-Tanks, Stiftungen und NGOs, PR-Wirtschaft und Mainstream-Medien, gekauften Wissenschaftlern, NATO- und EU-Entscheidungsgremien, Geheimdiensten, sowie der Sicherheits- und Überwachungsindustrie.«

Daß Donald Trump diesen Kreisen als verrückt und ungeheuerlich erscheinen mußte, sollen zwei seiner Aussagen aus der Zeit seines Wahlkampfes und aus seiner Antrittsrede belegen. In einem Youtube-Video kurz vor seiner Wahl 2016 sagte Trump:

»Unserer Bewegung geht es darum, ein gescheitertes und korruptes politisches Establishment durch eine Regierung zu ersetzen, die von euch, dem amerikanischen Volk, kontrolliert wird. Das Washingtoner Establishment, sowie die Finanz- und Medienunternehmen, die es finanzieren, existieren nur aus einem Grund: um sich selbst zu schützen und zu bereichern! Die, die in Washington Macht haben, und die Lobbyisten verbünden sich mit Menschen, die nicht euer Glück im Blick haben. Unsere Kampagne steht gegen eine echte, existenzielle Bedrohung, wie Sie sie noch nicht zuvor gesehen haben! Hier geht es nicht nur um eine Wahl für vier Jahre. Dies ist ein Scheideweg unserer Zivilisation. . . Die Medien in unserem Land haben nichts mehr mit Journalismus zu tun, sie sind politische Interessenvertretungen. . .«

In seiner Antrittsrede wendete er sich als neuer Präsident der Vereinigten Staaten am 20. Januar 2017 an das amerikanische Volk und erklärte nach mehrmaliger Erneuerung seines Anspruchs »America first!«: »Wir übertragen die Macht von



Washington zurück an euch, das Volk.« In ungewöhnlich scharfer Weise nahm er Stellung gegen die Politik seiner zur Vereidigung erschienenen Vorgänger:

»Zu lange hat eine kleine Gruppe hier, in der Hauptstadt unseres Landes, die Früchte eingefahren, während die Menschen da draußen dafür bezahlt haben. Washington ging es gut, aber die Menschen konnten an diesem Wohlstand nicht teilhaben; den Politikern ging es gut, aber die Arbeitsplätze wanderten ab und die Fabriken wurden geschlossen. Das Establishment hat sich nur selbst geschützt, aber nicht die Bürger unseres Landes. Ihre Siege waren nicht die Siege des Volkes, ihre Siege waren nicht eure Siege. Während sie hier gefeiert haben, in der Hauptstadt eures Landes, gab es für ganz viele Familien da draußen im ganzen Land wenig zu feiern. Das alles ändert sich gerade hier und jetzt.«

Grün und blau müssen sich die angesprochenen Gäste geärgert haben. Wie weit seine Wirtschafts- und Finanzpolitik nur ein Strohfeuer durch Verschuldung gewesen ist, kann noch nicht bewertet werden. Die Coronaepidemie hat ihm einen Strich durch die Rechnung gemacht. Aber: Vor der Corona-Krise entstanden in seiner Amtszeit 6,6 Millionen neue Jobs. Die Arbeitslosenquote sank vor Corona nach Regierungsberechnungen auf einen Tiefstand von 3,5 %. Der Tiefstand unter Obama betrug 4,7 %. Die Arbeitslosenquote der schwarzen Bevölkerung fiel auf einen Tiefstand seit Messung (5,4 %). Die Börse boomt, selbst in Corona-Zeiten liegt der Aktienindex S&P 500 mehr als 50 % über dem Wert vor Trumps Amtszeit. Viele Amerikaner profitieren über Rentenfonds von dem Börsenhoch.

Im Frühjahr, bei Ausbruch des Coronavirus, brach die Wirtschaft jedoch völlig ein. Innerhalb weniger Monate verloren rund 40 Millionen US-Amerikaner ihre Jobs, die Arbeitslosenquote stieg auf 20 %. Nun erholt sich die Wirtschaft langsam wieder. Es kann sein, dass die Corona-Epidemie Donald Trump die Wiederwahl gekostet hat. Doch Trump hat auch auf lange Zeit Pflöcke in der Rechtsprechung eingeschlagen, die zumindest dem kosmopolitischen Linksliberalismus Grenzen setzen werden. In seiner Amtszeit berief er über 200 neue Bundesrichter auf Lebenszeit, natürlich mit einem konservativen Einschlag. Auch das oberste Gericht, den Supreme Court, hat er stark verändert. Von den neun Richtern, die als letzte Instanz über die Rechtmäßigkeit von Gesetzen oder sogar Wahlen (wie im Jahr 2000) entscheiden, wurden drei von Trump ernannt.

Vielleicht kann man sagen, daß Trump die Präsidentschaftswahlen nicht gewonnen hat, er hat sie aber auch nicht richtig verloren. Vielleicht sehnen sich bald viele nach Trump, wenn die Versprechungen von Harris und Biden sich als hohl erweisen. Die Weltfinanzkrise und die Coronakrise gehen nämlich gemeinsam weiter. Der Abstieg des Westens gegenüber China scheint ungebrochen. Hoffentlich geraten die USA unter Biden nicht in Panik. Vielleicht sehnt sich bald die Welt nach dem Präsidenten Trump zurück. Die Probleme, die Trump zu Beginn seiner Amtszeit bewegten, wirken weiter. Eine Politik, die sie weiter ignorieren will, wird scheitern. Das betrifft auch die Situation in der EU und in Deutschland. Die Coronakrise verschärft die durch den neoliberalen Umbau des Westens entstandenen Probleme. Übrigens sah Donald Trump sich als Führer einer »Bewegung«! ■ Karl Engels

Bidens bedenkliche Agenda für eine »weltoffene« USA

Glaubt man den etablierten Medien und den offiziellen Berichten aus den USA, dann hat der demokratische Kandidat Joe Biden die US-Präsidentschaftswahl klar gewonnen. Dabei wird stets betont, die Vereinigten Staaten würden nun wieder auf den Weg der Rechtsstaatlichkeit und Versöhnung im Innern sowie Kooperation mit befreundeten Staaten auf Augenhöhe zurückkehren. Betrachtet man aber Bidens Agenda, dann muß man feststellen, daß die Pläne des 78jährigen keineswegs Harmonie, Demokratie, Recht und Gerechtigkeit bewirken.

Zwar kündigte Biden an, Wachstum und Ökologie zu versöhnen. Doch wie soll das aussehen, wenn damit erst einmal Arbeitsplätze in Kohlebergwerken und der Automobilindustrie vernichtet werden? Großspurig versprach er, durch seine neue Politik, die manche mit Franklin D. Roosevelts »New Deal“ aus den 1930er Jahren vergleichen und damit als »Green New Deal« bezeichnen, Millionen neue Jobs zu schaffen. So will er sage und schreibe zwei Billionen Dollar in den kommenden vier Jahren in den Ausbau sogenannter »grüner Infrastruktur« pumpen. Dazu zählen etwa der Bau moderner Züge und die Weiterentwicklung der Wind- und Solarenergie.

Auf diese Weise möchte der designierte US-Präsident gleich zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen, nämlich einerseits der schwächelnden US-Wirtschaft aus der Corona-Krise helfen und andererseits die Energiewende einleiten, sprich den heimischen Energiesektor bis 2035 CO₂-neutral machen. Dies alles klingt wie ein Abklatsch grüner Regierungsziele in Mitteleuropa. Es könnte aber auch aus der Rhetorikkiste Barack Obamas kommen, der als Präsident ähnlich vollmundige Versprechungen machte, ohne jedoch erfolgreich zu sein. Und Joe Biden war immerhin Obamas Stellvertreter – als US-Vizepräsident.

Auch wenn man von einer Entspannung im Verhältnis zu EU und NATO ausgeht, sind neue Spannungen mit anderen Staaten vorprogrammiert. So dürfte das Verhältnis zu Indien unter der hindu-nationalistischen Regierung schwieriger werden. Schließlich hatte die designier-

Bidens Weltherrschaftspläne: Im Gegensatz zum scheidenden US-Präsidenten Donald Trump betonte sein Nachfolger Joe Biden den Führungsanspruch der USA in der Welt. Über seine Mannschaft sagte Biden: »Es ist ein Team, das die Tatsache spiegelt, daß Amerika zurück ist, bereit, die Welt anzuführen, statt sich aus ihr zurückzuziehen.« Innenpolitisch will die nächste US-Regierung eine einwanderungsfreundliche und ökologische Politik machen. (Quelle: *tagesstimme.com*)



te US-Vizepräsidentin Kamala Harris, eine Frau indischer Abstammung, den amtierenden indischen Außenminister wegen seiner Haltung in der Kaschmirfrage kritisiert. Wenn sich Washington unter Biden für eine Lockerung der HIB-Visa entscheiden sollte, würden wohl abermals Tausende Inder als Arbeitssuchende in Uncle Sams Land strömen. Ob gegenüber Peking ein anderer Ton angeschlagen wird, ist fraglich. Zwar kann das Verhältnis zum Land des Lächelns kaum schlechter werden, doch dürfte auch Biden China als größten wirtschaftlichen und militärischen Konkurrenten in der Welt ansehen.

Es war nicht Trump, sondern der sonst so gerne als Gentleman auftretende ›Sleepy Joe‹, der Chinas starken Mann, Präsident Xi Jinping, als ›thug‹, also Gauner, bezeichnete. Politische Beobachter rechnen nicht mit einer Wiederherstellung des Verhältnisses zu Peking, wie es vor Trump war. Denn das Riesenreich im Osten ist und bleibt der Rivale für Uncle Sam in Ostasien, der dessen Vormachtstellung in der Welt am stärksten bedroht. Auch wenn der Ton sich ändern dürfte, substantiell wird es wohl wenig Lockerungen bei den Sanktionen geben. In Südamerika ist mit Spannungen im Verhältnis zu Brasilien zu rechnen. Denn dessen Präsident Bolsonaro ist aufgrund ähnlicher politischer Programmatik wie Trump kein Freund Bidens, der sich für ein Ende der Rodungen im Amazonas einsetzt und damit Brasilia in ökologischer Hinsicht unter Druck setzen wird.

Im Gegensatz zu den Veränderungen in der Außenpolitik werden die Neuerungen in der Innenpolitik von weitaus größerer Tragweite sein. Und sie sind – sollten sie tatsächlich kommen – rechtsstaatlich äußerst bedenklich. Denn es geht um den nicht geringeren Versuch Bidens, seine Macht einzuzementieren und weiter auszubauen – und das mit fragwürdigen Methoden! Da die Demokraten im höchsten US-Gericht, dem Supreme Court, nach dem Tod der 87jährigen ultraliberalen Richterin Ruth Ginsburg im September und der Installierung einer konservativen Nachfolgerin durch Trump über keine Mehrheit mehr verfügen, erwägt Bidens Partei ein sogenanntes ›court packing‹. Damit ist die Aufstockung des Supreme Court um mehrere Richter gemeint – die dann natürlich der Demokratischen Partei angehören oder nahestehen werden.

Dies wäre ein eklatanter Bruch der Verfassungstradition. Denn seit 1869 ist festgelegt, daß besagtes Gericht über neun Richter verfügt. Hatte sich Biden im Wahlkampf noch gegen das ›court packing‹ ausgesprochen, weigert er sich jetzt, zu dieser Causa Stellung zu nehmen. Erfolgversprechend wäre ein solches Vorgehen aber nur, wenn die Demokraten in beiden Häusern des Parlaments über satte Mehrheiten verfügen würden, was derzeit nicht der Fall ist. Doch Demokraten sind diesbezüglich trickreich. So gibt es in ihren Reihen Überlegungen, durch Schaffung neuer Bundesstaaten neue Senatorenposten zu generieren. So könnte unter Biden das Bundesterritorium Puerto Rico und der Bundesdistrikt Washington D.C. zu neuen Bundesstaaten erhoben werden. Puerto Rico, in der Karibik gelegenes Außengebiet der USA, faktisch demnach ein US-Protectorat, ist nämlich bislang kein eigener Bundesstaat und gehört auch zu keinem. Und Washington D.C. ist ein direkt dem Kongress unterstellter Bundesdistrikt.

Würde Biden beide Territorien zu neuen Bundesstaaten machen – und diese wählen stets eindeutig demokratisch –, hätte er im Senat vier zusätzliche demokratische Stimmen und könnte womöglich dort die republikanische Mehrheit kippen. Derartige Winkelzüge würden die Macht des designierten US-Präsidenten erweitern. Innenpolitisch werden auf jeden Fall harte Zeiten auf viele Amerikaner zukommen: Denn die Demokraten werden rücksichtslos die Verschuldung des Landes mit ihrem geplanten billionenschweren »Green New Deal«, also dem südteuren ökologischen Umbau des Landes, ausweiten sowie mit einer Amnestie für Millionen illegaler Einwanderer aus Mittelamerika und Einschränkungen im Waffenrecht den Unmut breiter Schichten der Bevölkerung auf sich ziehen. Doch Biden kalkuliert eiskalt: Mit der Legalisierung des Status Illegaler und deren nachfolgender Einbürgerung schafft er sich – wie die linken Parteien in Europa – nachhaltig neue Wählerstimmen.

Haben die Republikaner (und Trump) dieser für sie bedrohlichen Entwicklung überhaupt etwas entgegenzusetzen? In einem am 7. Dezember 20 erschienenen *Spiegel*-Artikel (»USA nach der Wahl«) vertritt Ralf Neukirch, ein in Washington tätiger Journalist, die Auffassung, daß die Republikaner letztlich einen heimlichen Sieg errungen hätten. Er stützt seine These auf die Tatsache, daß sie in einzelnen Staaten unerwartet gut abgeschnitten haben und kraft dieses Erfolgs bereits 2021 das Wahlsystem zu ihrem Vorteil »manipulieren« werden. Neukirch erklärt:

»Bald müssen die Wahlkreise wieder neu bestimmt werden. Alle zehn Jahre gibt es in den USA eine Volkszählung, nach der die Wahlkreise für die Kongresswahlen in Washington und in den Einzelstaaten für eine Dekade neu zugeschnitten werden. Im kommenden Jahr ist es wieder so weit. Und davon profitieren vor allem die Republikaner: In 20 der 28 Bundesstaaten, in denen die Parlamente für die Einteilung der Wahlbezirke zuständig sind, haben die Republikaner nach der jüngsten Wahl eine Mehrheit in beiden Kammern.«



Auch ohne Trump wird der Trumpismus das politische Geschehen in den USA weiterhin entscheidend beeinflussen. Foto: Hannah McKay / REUTERS

Das gebe der Partei Donald Trumps enorme Möglichkeiten. Nach einer Analyse der Website *FiveThirtyEight* könnten die Republikaner 188 Wahlkreise zum Repräsentantenhaus in Washington neu bestimmen, das sind 43 Prozent der Sitze. Die Demokraten haben diese Möglichkeit nur in 73 Wahlkreisen. Schon jetzt steht fest, daß Präsident Biden es nicht mit einem gefügigen Kongress zu tun haben wird und seine legislativen Pläne kaum ohne Kompromisse verwirklicht werden können. ■

Die Grünen: Kreide gefressen und machtbesessen

In den Wandelgängen des Bundestages und in den Machtzirkeln der Grünen wird schon geraunt, daß Annalena Baerbock vielleicht doch die neue Bundeskanzlerin werden könnte und ihr Mann, Daniel Hohlefleisch, dann der ›first Gentleman‹, ›first spouse‹ oder ›First Husband‹ im Staate wird. Am 27. November 2020 hat Oliver Welke in der Sendung *Heute Show* Robert Habeck zu Wort kommen lassen und einen satirisch aufgemachten Buchtitel von Robert Habeck präsentiert: *Homo Laborer*. Habeck ist promovierter Philosoph. Er kann aus dem Stand immer und lange schwafeln.

Besonders wichtig erscheint mir aber Michael Kellner, ein 1977 Geborener aus Gera, dessen Eltern nach der Wende 1990 unter schweren politischen Diskriminierungen zu leiden hatten. Er ist seit einiger Zeit so etwas wie eine grüngraue Eminenz. Vielleicht war Michael Kellner besonders pfiffig, daß er nach seinem Abitur in einem Kibbuz auf den Golanhöhen arbeitete, auch die Situation in Hebron studieren durfte und in Kairo an einem Uniprojekt zu dem Friedensvertrag zwischen Israel und Ägypten beteiligt war. Von 1996 bis 2002 studierte er in Potsdam Politikwissenschaften und war auch Erasmus-Stipendiat in Canterbury und Fulbright-Stipendiat in East Lansing. 1997 trat er den Grünen bei. Von 2004 bis 2009 war er Büroleiter von Claudia Roth! Seit dem 19. Oktober 2013 ist er politischer Bundesgeschäftsführer und Bundesvorstandsmitglied. Als solcher ist er Cheforganisator für das neue Grundsatzprogramm, dessen Ausarbeitung im März 2018 startete.



Michael Kellner. Er will sich neuerdings in Brandenburg für ein Bundestagsmandat bewerben. (dpa)

Für den Wahlkampf 2021 haben die Grünen sogar eine eigene PR-Agentur gegründet: »neues tor1«. 10 Millionen Euro will man für den Wahlkampf ausgeben und hat die Mitarbeiterzahl der Bundesgeschäftsstelle von 50 auf 125 aufgestockt. Strategischer Berater für den Bundesvorstand und dramaturgische Leiter für die Kampagne werden Mathias Riegel von der Berliner ›Agentur Wigwam‹ und Kurt Georg Deckert von der Agentur ›Deckertschmidt‹. Das 4. Grundsatzprogramm mit dem Titel »Zu achten und zu schützen – Veränderung schafft Halt« soll für die kommenden 15 bis 20 Jahre gültig bleiben.

Kurz, die Sache wird ganz professionell aufgezogen. Warum die ganze Mühe? Es geht darum, die Regierungsmacht der C-Parteien nach dem Abstieg der SPD erneut auf eine breitere Parteibasis zu stellen. Die FDP ist zu klein dafür. Die Linke ist den Westdeutschen nicht vermittelbar und kann zur nächsten Bundestagswahl mit Stimmenverlusten rechnen. Die AfD mit ihrem großen sozialpatriotischen Flügel ist Gegner der eingeschlagenen Politik. Man möchte sie sogar verbieten. Für die Weiterführung des Kurses seit 2000 braucht man die Grünen, die ihre Fähigkeit zum chamäleonhaften Farbwechsel um die Farbe Grün schon unter Schröder

gezeigt haben: Angriffskrieg gegen Jugoslawien, Erklärung Deutschlands zum Einwanderungsland und Agenda 2010. Die Grünen wollen die moderne Bündnispartei (für die CDU-CSU) sein. Seit 2000 ist die gesamte Regierungspolitik in Deutschland auf die Auflösung Deutschlands in einer ›Globalisierung‹ gerichtet. Alle Nationalstaaten in der EU sind zu entmachten und die Vereinigten Staaten von Europa sind durchzusetzen. Die Grünen wollen die EU als europäische Republik. Europa soll ein Siedlungsgebiet von Menschen aus aller Welt werden. Zugleich muß das Klima gerettet werden und das ganze Leben der Bürger klimaneutral werden. Das heißt zugleich, daß Industrie, Landwirtschaft und Lebensweise der Menschen in Deutschland klimaneutral und CO²-frei werden sollen. In dreißig Jahren soll alles erledigt sein. Gesetze müssen her, daß der Bürger nicht mehr ausweichen kann. Die Grünen wollen nicht mehr direkt verbieten, sondern Gesetze sollen wie Leitplanken wirken. Nicht mehr verbieten, sondern indirekt nötigen, ist die Devise. Die Grünen unter Kellner, Habeck, Baerbock, Roth oder Göring-Eckhardt haben sich jetzt auf ›positive Rhetorik‹ geeinigt. Hinter dieser positiven Rhetorik befindet sich aber keine neue Partei. Die Grünen wollen radikal und staatstragend sein. Sie sehen sich als »neue Bündnispartei«. Die antinationale CDU bietet sich als Bündnispartner an. Robert Habeck schreibt 2010 in seinem Buch *Patriotismus. Ein linkes Plädoyer*: »Patriotismus, Vaterlandsliebe also, fand ich stets zum Kotzen. Ich wußte mit Deutschland nichts anzufangen und weiß es bis heute nicht.« Er will ›links‹ sein, steht aber nicht in der Tradition der Arbeiterbewegung, sondern der kleinbürgerlich-anarchistischen Linken:

»Linkssein, das steht für den Mut, Veränderung zu wollen und neue Antworten auf neue Fragen zu suchen. Insofern ist ›links‹ ein relativer Begriff, kein absoluter. Und deshalb ist es falsch, die alten Antworten, ja selbst die alten Antwortlinien heute noch für links zu halten. Links sein, um es klar zu sagen, hat nichts mit Sozialismus zu tun.«

Es läßt sich kaum noch verheimlichen, wohin der Hase laufen soll

»Wir sind viel zu weiß und viel zu deutsch, und das werden wir ändern.«

Robert Habeck, 1.7.20

»Es ist Zeit, daß wir Rassismus verlernen. Allesamt. . . Ein starkes Zeichen dafür wäre, den Begriff ›Rasse‹ aus dem Grundgesetz zu streichen.« Der Begriff ›Rasse‹ manifestiere eine Unterteilung von Menschen in Kategorien, die dem Anspruch und Geist des Grundgesetzes widerspreche.

Robert Habeck und Aminata Touré, Vizepräsidentin des Landtags Schleswig-Holstein, in der *taz*, 8.6.20

»Das Hauptproblem ist ja, daß wir die jungen Ärztinnen und Ärzte dazu bekommen müssen, Schwangerschaftsabbrüche durchzuführen.«

Baden-württembergische Sozialstaatssekretärin Bärtl Mielich (Bündnis 90/Die Grünen) im Interview mit der *taz*, 6.7.20



Beim Thema Verteidigung geben sich die Grünen traditionell sehr zurückhaltend. Nun preschte die Chefin der früheren Pazifisten-Partei Annalena Baerbock kürzlich vor und forderte tatsächlich mehr Geld für Verteidigung und Bundeswehr: »Es fehlen Nachtsichtgeräte zum Üben, von Flugstunden ganz zu schweigen. Wir müssen uns da ehrlich machen. Ja, in manchen Bereichen muß man mehr investieren, damit Gewehre schießen und Nachtsichtgeräte funktionieren.« (Quelle: *Süddeutsche Zeitung*) Für den Fall einer grünen Regierungsbeteiligung kündigte Baerbock gar Gespräche mit Frankreichs Präsident Emmanuel Macron an, auch über robuste (sic!) europäische Militäreinsätze!

Also will er links sein im Kapitalismus und er will auch keinen Sozialismus. Schön wirr und verwirrend, aber bei genauem Hinschauen völlig klar. In einer Sendung des SWR 2 im Juni 2019 meinte Habeck:

»Weil ich glaube, daß die soziale Marktwirtschaft, wohlverstanden, das effektivste und freieste System ist, sich zu entwickeln. Da bin ich voll auf den Spuren von Ludwig Erhard. Aber: Soziale Marktwirtschaft heißt im Klartext auch, daß es Spielregeln gibt, die diesen Markt fair und offen halten.«

Unser Kapitalismus soll wieder netter werden. Annalena Baerbock sagte am 20. November 2020 im *T-online*-Interview:

»Wir wollen die komplette Industrie, den Verkehr, die Landwirtschaft, die Energie- und Wärmeversorgung – kurz: alles – in deutlich weniger als 30 Jahren komplett klimaneutral machen. Das ist die Aufgabe unserer Generation. Alleine werden wir das Klima nicht retten können. Wir müssen Bündnisse schließen. Deshalb gehe ich in Stahl- und Aluminiumwerke, spreche mit der Klimabewegung. Damit es gelingt.«

Da es kein mit den Natur- und Technikwissenschaftlern besprochenes und ausgearbeitetes Programm der Veränderung unserer Zivilisation gibt, dürfte die ganze Entwicklung auf die Entindustrialisierung Deutschlands hinauslaufen.

Die Entindustrialisierung der DDR war das Gesellenstück, die Entindustrialisierung Deutschlands wird das Meisterstück sein. Im Programm ist zu lesen:

»Der zentrale Akteur auf globaler Ebene sind die Vereinten Nationen (UNO). Die internationale Gemeinschaft muß die UNO stärken. Dies gilt nicht zuletzt für den Bereich kollektiver Friedenssicherung und den Schutz vor Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Hier wird der Sicherheitsrat seiner Verantwortung nicht gerecht. Deswegen wollen wir, daß auch die Generalversammlung das Recht beansprucht, an Stelle des Sicherheitsrates friedens erzwingende Maßnahmen zu veranlassen, wenn der Sicherheitsrat blockiert ist.«

Kurz: Die Grünen sind für vom UN-Sicherheitsrat nicht legitimierte Menschenrechtskriege, wie sie die USA praktizieren. Die Grünen wollen Kriegspartei an der Seite der C-Parteien sein. Lafontaine sprach von den Grünen als vom »verlängerten Arm der USA im Bundestag«. Übrigens ha-

ben die Grünen bei ihrer Herbstklausur Madeleine Albright als Stargast begrüßt.

Wie wenig sich die Grünen um die stinknormalen Deutschen kümmern wollen, betonte Claudia Roth zum Weltflüchtlingstag am 20. Juni 2020:

»Alle Menschen brauchen barrierearmen und nicht-diskriminierenden Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen, auch Menschen ohne Aufenthaltsstatus oder obdachlose Menschen. Wir müssen zudem alles tun, damit ungerechte gesellschaftliche Strukturen beseitigt werden, die krank machen: Dazu zählen etwa Rassismus, Queerfeindlichkeit und andere Formen der Diskriminierung, prekäre und gefährliche Arbeitsverhältnisse, die Einschränkung der vollen reproduktiven und sexuellen Rechte von Frauen oder die Bevormundung von trans-Menschen. Ich bin davon überzeugt, daß wir in allen gesellschaftlichen Bereichen ein Mehr an Vielfalt, eine gerechte Repräsentation und Teilhabe für Menschen aus unterschiedlichsten Hintergründen brauchen, sei es mit Migrationsgeschichte, mit Fluchterfahrung oder LGBTIQ. Vielfalt macht unsere Demokratie stark.«

Und natürlich muß der böse alte weiße Mann auch bekämpft werden. In einem Interview in der *Heidenheimer Zeitung* am 11. Juli 2020 bekannte Roth:

»Auch wir sind eine ziemlich weiße Partei. Darum haben wir in den letzten zwei Jahren ein Statut zur Vielfalt in der Partei entwickelt, auf dem Parteitag im Herbst werden wir darüber abstimmen. Es wird hoffentlich eine solche Schlagkraft entwickeln wie unser Frauenstatut vor 30 Jahren.«

Der ›böse alte weiße Mann‹ hat den Kapitalismus erfunden, den Kolonialismus und die Sklaverei, die Frauenfeindlichkeit, den Schwulenhaß, den Rassismus, den Rechtsextrismus und jegliche Unterdrückungsformen. Ja, wenn man den ›bösen alten weißen Mann‹ hat, dann braucht man keine Kapitalismuskritik mehr. Eigentlich sind die Grünen eine absurde Partei, aber sie verbergen das unter einem positiven Wortschwall. Man darf sich fragen, warum die vielen intelligenten Journalisten und die Medienkonzerne die Grünen nicht öffentlich auseinandernehmen und verspotten. Das passiert nicht, weil die Grünen gebraucht werden. Die Grünen sind die machtpolitische Ergänzungspartei zur CDU. Auch nach Merkel soll der Merkel-Kurs weiter gefahren werden. Alternativlos. ■ Karl Engels



Robert Habeck meinte im April 2018 in einem Interview, der Begriff ›Volksverräter‹ sei »ein Nazibegriff. Es gibt kein Volk und deshalb auch keinen Verrat am Volk.

Das ist ein böser Satz, um Menschen auszugrenzen und zu stigmatisieren«. Angesichts der zahlreichen Reaktionen der Entrüstung nuancierte er seine Aussage auf eine bezeichnende Weise: »In Deutschland gibt es zweierlei Volk.«

Einerseits den völkerrechtlichen Begriff im Sinne von Staatsvolk und eine »ethnische, ausschließende Kategorie«. Letztere sei gefährlich, »die Idee eines ethnisch-identitären Volkes ist totalitär und ausgrenzend«. Das so »propagierte deutsche Volk, zusammengesetzt aus irgendwelchen angeblich reinen Genen«, habe es nie gegeben und werde es nie geben.

Blaues Wahldebakel in Wien – FPÖ im Sinkflug

Der Urnengang vom 11. Oktober 2020 im Stadtstaat Wien, wo der Gemeinderat (Landtag) und die Bezirksvertretungen neu gewählt wurden, wurde zum Desaster für die erfolgsverwöhnte Wiener Landesgruppe der FPÖ. Nach beachtlichen 30,8 % 2015, als man die – mit Ausnahme der Jahre 1934 bis 1945 – seit 95 Jahren regierenden Genossen zum zweiten Mal nach 1996 knapp unter die 40-Prozent-Marke gedrückt hatte und mit genau 34 Sitzen erstmals den Posten eines Vizebürgermeisters für die Freiheitlichen im 100 Abgeordneten zählenden Wiener Rathaus erringen konnte, da die Verfassung das so vorsieht, kam 2020 der Absturz auf 7,1 %! Damit fiel die FPÖ auf Platz 5 hinter die wirtschafts(links)liberalen NEOS zurück. Die Zahl der blauen Mandatare schrumpfte auf acht.

Man hatte Glück im Unglück, daß man trotz des einstelligen Resultats einen Vertreter als sog. nichtamtsführenden Stadtrat (ohne Stimmrecht) in die Landesregierung sowie als Bundesrat in die Länderkammer entsenden durfte. Letzteres Mandat erhielt Ex-Nationalratsabgeordneter Johannes Hübner, der 2016 Redner bei der GfP-Tagung war. Da er sich dort angeblich antisemitisch geäußert hatte – er nannte den Schöpfer der österreichischen Verfassung, Hans Kelsen, irrtümlich Kohn –, mußte er 2017 auf Druck der Presse und dann der Partei auf eine abermalige Kandidatur verzichten. Strache hatte ihn 2017 ursprünglich für das Amt des Außenministers vorgesehen.

Ebenfalls weit unter ihren Erwartungen blieb das Team HC Strache mit 3,3 %. Der langjährige FPÖ-Chef, der nach der sog. ›Ibiza-Affäre‹ und seiner innerparteilichen Kaltstellung eine eigene Gruppierung gegründet hatte, verfehlte deutlich den Einzug ins Rathaus. Aufgrund seines Antretens verpaßte die FPÖ klar die Zweistelligkeit und wurde zur kleinsten Fraktion im Landtag. Auf Bezirksebene verloren die Freiheitlichen überall dramatisch und fast alle bezahlten Posten, nämlich die des Bezirksvorsteherstellvertreters (stv. Bezirksbürgermeister). In der FPÖ-Hochburg Simmering (11. Bezirk) mußte der blaue Lokalmatador Paul Stadler zwar das Amt des Bezirksvorstehers abgeben, rutschte aber von 41,8 % auf noch respektable 28,4 % und somit als Zweitplazierter immerhin noch auf den Posten des Bezirksvorsteherstellvertreters. In allen anderen 22 Bezirken fiel die FPÖ auf den dritten, vierten, fünften oder gar sechsten Platz wie in der Josefstadt oder im Alsergrund, wo das Bündnis LINKS 4 % bzw. 4,4 %, die Blauen aber nur 3,4 % bzw. 3,7 % erhielten.

Der Grund für den Absturz lag darin, daß viele bisherigen FPÖ-Wähler aus Frust über den Zustand der Bundespartei unter dem Leisetreter Norbert Hofer einfach den Urnen ferngeblieben waren. Die Wahlbeteiligung sank um fast zehn Prozent. Andere wiederum wählten die bürgerliche ÖVP, die dadurch von 9,2 % auf 20,4 % und damit auf Platz 2 emporschnellte. Nur leicht zulegen konnten die linken Parteien SPÖ (41,6 %), Grüne (14,8 %) und NEOS (7,5 %). Bürgermeister Michael Ludwig (SPÖ) entschied sich nach Rot-Grün diesmal für eine Koalition mit den NEOS. 2021 wird mit ähnlichen Verlusten der FPÖ gerechnet. ■

Schweizer Enfant terrible Eric Weber erringt Landtagsmandat

Dem politischen Schweizer Einzelkämpfer Eric Weber (57), der erstmals 1984 als jüngster Mandatar in den Großrat von Basel-Stadt eingezogen war, gelang mit seiner eigenen Liste VA (Volks-Aktion gegen zuviele Ausländer und Asylanten in unserer Stadt) nach vierjähriger Abstinenz bei den Großratswahlen Ende Oktober wieder der Einzug in das Stadt- und Kantonsparlament (Landtag) der Schweizer Metropole am Oberrhein. Er kandidierte nur im Wahlkreis Kleinbasel, in dem die sozialen Probleme (Überfremdung und Islamisierung) am größten sind. Dort schaffte er mit knapp 5.300 Stimmen gut 2,5 % und damit ein Reststimmenmandat, was einen Sitz in dem aus 100 Abgeordneten bestehenden Großrat bedeutet.



Die nationalkonservative Schweizerische Volkspartei (SVP), die bundesweit nach wie vor stärkste Kraft ist, ergatterte in Kleinbasel lediglich zwei Mandate und kam im gesamten Kanton auf nur noch elf Prozent. Der Kanton Basel-Stadt ist traditionell links dominiert. Rot-Grün (SP und GB) blieb aber unter 50 Prozent, da die SP mit 30 % klar stimmenstärkste Kraft blieb, aber vier Sitze verlor, während die zwei grünen Parteien (Grünes Bündnis plus drei, Grünliberale Partei plus vier) zulegen konnten. In der Schweizer Presse gilt Weber als Enfant terrible und wird dort abwechselnd als Politclown und Rechts-extremist tituliert.

Bereits sein Vater war Politiker und zeitweilig Zentralpräsident der »Nationalen Aktion gegen Überfremdung von Volk und Heimat« (NA). Im Herbst 2012 schaffte der eigenwillige Einzelkämpfer mit seiner VA in seinem Wahlkreis mit 5,5 % einen Überraschungserfolg und errang zwei Mandate.

Im Gegensatz zu Politikern der SVP, die eine Partei des heimatverbundenen Besitzbürgertums und damit eine klassisch altrechte Gruppierung ist, gibt sich Webers Volks-Aktion als sozialorientierte Kraft aus, die »für de kleine Lüt« (= für die kleinen Leute) da ist. Und während alle anderen Schweizer Parteien rechts der Mitte kaum Kontakte zu gleichgesinnten Organisationen im Ausland pflegen, strebt Weber eine Vernetzung mit ähnlich programmatisch ausgerichteten Kräften in Europa an und rief 2013 sogar ein Städtebündnis ins Leben, das heimatbewußte Bürgerinitiativen im deutschsprachigen Raum miteinander verbindet und Erfahrungsaustausch ohne Scheuklappen betreibt.

In Deutschland, wo er in den letzten gut 30 Jahren mehrfach Mitarbeiter von Abgeordneten diverser Rechtsparteien war, bekam er als »böser Rechter« - wie Udo Voigt - bereits Hausverbot in einem Hotel (»Maritim«). Im November mußte er einen ihm von der Deutschen Rentenversicherung genehmigten Reha-Aufenthalt schon nach zwei Tagen beenden, weil er angeblich »eine Mitpatientin durch Werbung für einen Youtube-Film mit rechtsextremistischem Inhalt zu indoktrinieren« versucht habe. ■

Das liebe Geld

Der Bund legte in den bisherigen Corona-Monaten eine erstaunlich große Ausgabefreude an den Tag, die teils gerechtfertigt ist, teils Kopfschütteln hervorruft, wie die drei folgenden Beispiele zeigen.

Auf eine Anfrage des Linken-Abgeordneten Matthias Höhn bezüglich der Ausgaben des Bundes für externe Expertisen gab das Bundesfinanzministerium folgende Zahlen bekannt: Die Bundesregierung hat im ersten Halbjahr 2020 mindestens 186,1 Millionen Euro für externe Berater ausgegeben. Spitzenreiter bei den Investitionen in Expertise von außen sind das Innenministerium mit 79,8 Millionen Euro und das Finanzministerium mit 48,2 Millionen Euro. Dahinter folgen das Gesundheitsministerium mit 16,3 Millionen und das Verkehrsressort mit 16,0 Millionen. Das Verteidigungsministerium gibt dagegen als einziges Ressort an, von Januar bis Juni gar kein Geld für Berater ausgegeben zu haben. Wenn man bedenkt, daß mehr als 20.000 Menschen, zum Teil ausgewiesene Fachleute, im Kanzleramt und in den Bundesministerien arbeiten, ist die Frage berechtigt, ob man da noch Millionen für ›Sachverstand‹ von außen ausgeben muß.

Firmen, die vom Teil-Lockdown betroffen sind, unterstützt der Bund mit den sogenannten November- und Dezemberhilfen – insgesamt sind dafür derzeit rund 30 Milliarden Euro veranschlagt. Schön. Nun läßt eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln erkennen, daß die Novemberhilfen bei nicht wenigen Betrieben die Einnahmen aus dem Regelbetrieb übertreffen. Offenbar hat der Bund zu großzügig kalkuliert. Der Studie zufolge hätte in der Summe ein Drittel – also zehn Milliarden Euro – weniger gereicht. Der Hauptpunkt dabei seien die variablen Kosten, die für viele Betriebe nun nicht anfallen und demnach eigentlich nicht erstattet werden müßten. Eine Orientierung an den Fixkosten wäre sinnvoll und gerecht gewesen – der Arbeitsaufwand allerdings dementsprechend hoch, was die Bundesregierung offenbar abgeschreckt habe. Dessen ungeachtet verteidigt Bundeswirtschaftsminister Altmaier das Vorgehen. (Quelle: *Spiegel* 29.11.20)

Die finanziellen Folgen der katastrophalen Corona-Politik könnten größer kaum sein, da versenkt die Bundesregierung die stolze Summe von 1 Milliarde Euro an Steuergeldern für den ›Kampf gegen Rechts‹, als ob es keine wichtigeren Probleme gäbe. Dem Kabinettsausschuß gegen Rechtsextremismus und Rassismus zufolge wolle man unter anderem »die demokratische Zivilgesellschaft« fördern. Der Ausschuß beschloß außerdem, einen Bundesbeauftragten gegen Rassismus einzusetzen und den Begriff ›Rasse‹ im Grundgesetz zu ersetzen. Der Hintergrund dieser »Gesinnungs-Milliarde« (*Junge Freiheit*) ist bezeichnend: Im Vorfeld der Ausschußsitzung hatten sich rund 60 zumeist linke Vereine und Organisationen in einem offenen Brief an das Gremium gewandt. Darin klagten unter anderem die Amadeu-Antonio-Stiftung und die Neuen deutschen Medienmacher über mangelnde Unterstützung seitens des Staats und drängten auf eine verstetigte finanzielle Förderung. Anderenfalls würden einige Arbeitsplätze zumeist linker Vereine wegfallen. (Quelle: *Junge Freiheit*, 25.11.20)

Kurznachrichten

Wie heißt denn jetzt eigentlich Zigeunerschnitzel politisch korrekt? – das fragte die *Bild-Zeitung* am 19.10.20. Heino, der sich in seinen Liedern bekanntlich gegen politische Korrektheit wehrt, pfeift jedenfalls auf die Rassismus-Debatte und will bei seinen Auftritten weiter die Tradition alter Lieder wahren. Er verstehe nicht, warum man Zigeunersauce plötzlich nicht mehr so nennen darf, als hätten wir in Deutschland keine anderen Probleme! Er werde auch nach wie vor Lieder wie »Lustig ist das Zigeunerleben« singen und weiterhin sein Zigeunerschnitzel bestellen.

Schluß mit Nordpol und Zeppelin! Die noch heute gültige Buchstabierhilfe führten die Nationalsozialisten 1934 ein. Bis dahin galt die erstmals Ende des 19. Jahrhunderts eingeführte, um etwa Mißverständnisse am Telefon zu vermeiden. Einige Buchstaben wurden mit jüdischen Vornamen verbunden, üblicherweise buchstabierte man damals »D« wie David, »N« wie Nathan, »S« wie Samuel und »Z« wie Zacharias. Jetzt, 75 Jahre nach Kriegsende, soll die deutsche Buchstabier-*tafel* endgültig entnazifiziert werden. Der Antisemitismusbeauftragte des Landes Baden-Württemberg, Michael Blume, hatte 2019 das zuständige Deutsche Institut für Normung, kurz DIN, kontaktiert und auf die »problematische« Geschichte der Buchstabiertafel aufmerksam gemacht hat. Daraufhin beschloß das Institut, diese zu überarbeiten. Die neue Buchstabiertafel soll ab Mitte 2022 gelten. Statt Vornamen sollen vorwiegend Städtenamen verwendet werden. (Quelle: *Abendzeitung* 4.12.20)

Merkel will ID-Nummer. Die DDR läßt grüßen: Nach dem Vorbild des untergegangenen SED-Regimes, dem Angela Merkel als FDJ-Aktivistin diente, soll in der BRD jeder Bürger eine Personenkennziffer erhalten, die sich aus der bereits bestehenden Steueridentifikationsnummer ergibt. Unter dem harmlos erscheinenden Titel »Registermodernisierungsgesetz« soll die Norm möglichst still und leise durch das Parlament gepeitscht werden. Für den Bundesdatenschutzbeauftragten ist jetzt schon klar, daß solch ein Gesetz verfassungswidrig ist. Denn dadurch würde die Gefahr des Mißbrauchs gebündelter Daten einer Person erheblich steigen. Die Merkel-Koalition will damit nämlich sämtliche bedeutsamen Daten eines Bürgers via Steuer-ID abrufbar machen. (Quelle: *tichyseinblick.de*)

Schufa will auch Kontoauszüge checken. Die Wirtschaftsauskunftei Schufa plant offenbar, Verbraucher auch danach zu bewerten, was auf ihren Konten ein- und abgeht. Die Schufa verkauft das als zweite Chance (»Wir schaffen Vertrauen«), Datenschützer befürchten aber Nachteile für Kunden. Damit könnte sie einen detailgenauen Einblick in Millionen Kontobewegungen bekommen, befürchten die Datenschützer, also etwa sehen, wie viel Gehalt jemand bekommt, was er für Versicherungen hat, wie viel Geld er für Einkäufe ausgibt und was ihn der Unterhalt seiner Kinder kostet. Das erinnert an ein Spiel unter ungleichen Machtver-

hältnissen: Du zeigst mir deinen Kontoauszug – und wenn er mir gefällt, bekommst du den gewünschten Mobilfunkvertrag/Kredit/Ratendeal. Und wenn nicht, dann nicht. Aber deine Daten, die hab ich trotzdem. (Quelle: u.a. *t-online.de*, *taz*, 27.11.20)

WhatsApp & Co. sollen Netzverkehr an Geheimdienste umleiten. Die Bundesregierung hat am 21. Oktober 2020 beschlossen, allen 19 Geheimdiensten den Einsatz von Staatstrojanern zu erlauben. Das Kabinett hat den Seehofer-Gesetzentwurf zur Anpassung des Verfassungsschutzrechts angenommen, dem zufolge Chats auf Messengern wie WhatsApp sowie Internet-Telefonate und Video-Calls abgehört werden dürfen. (Quelle: u.a. *süddeutsche.de*)

Linke Gewalt in Sachsen: immer gezielter und brutaler. Wenn es um politisch motivierte Gewalt in Sachsen geht, denken viele an rechtsextremistische Vereinigungen. Delikte von militanten Linken werden oft übersehen. Zahlen, die aus einer internen Polizeianalyse hervorgehen, belegen jedoch, daß die Gefahr durch linksextreme Gewalttäter in Sachsen unterschätzt wurde und wird. So registrier-



Linksextreme Gewalt (hier in Leipzig, Foto: Imago) findet oft Verteidiger selbst in bürgerlichen Milieus.

te die sächsische Polizei in den vergangenen zehn Jahren (2010 bis 2019) insgesamt 1491 politisch motivierte Gewaltstraftaten von links. Das waren 35,9 Prozent mehr als von rechts (1097 Gewaltstraftaten). Für das Jahr 2020 zeichnet sich eine noch deutlichere Entwicklung ab. Bis Ende Oktober wurden in Sachsen 150 linke Gewaltdelikte gezählt, fast dreimal so viele wie von rechts (54 Gewaltdelikte). Von den insgesamt 2256 rechtsmotivierten Straftaten fallen 70 Prozent (1583 Fälle) in die Rubrik Propagandadelikte. Gemeint sind zum Beispiel Hakenkreuz-Schmierereien oder Parolen wie »Heil Hitler« und »Sieg

Heil«. In der linken Szene spielen Propagandadelikte mangels strafbarer Symbole so gut wie keine Rolle. Nimmt man nur die Gewaltdelikte wie zum Beispiel Körperverletzung, Brandstiftung, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte oder Landfriedensbruch heraus, so fällt auf: 2019 ist in Sachsen der Anteil rechter Gewaltdelikte von 149 im Jahr 2018 auf 70 Fälle gesunken (minus 53 Prozent). Demgegenüber stieg die Zahl linker Gewaltdelikte gegenüber den Vorjahren auf 119 Fälle an. 2018 waren es 117, im Jahr davor 113. (Quelle: *Focus.de*, 8.12.20)

VVN diktiert LO Redner. Die Landsmannschaft Ostpreußen (LO), bei der der promovierte Historiker Mario Kandil auch dieses Jahr als Referent bei einem kulturhistorischen Seminar als Redner auftreten sollte, lud diesen nach Denunziation durch den Antifa-Verein VVN-BdA kurzerhand wieder aus. Dieser hatte der LO mitgeteilt, daß sich unter den jetzt vorgesehenen Referenten mit Kandil je-

mand befinde, der auch schon bei Veranstaltern gesprochen habe, die vom Verfassungsschutz beobachtet würden (u. a. Verein Gedächtnisstätte). Der LO-Referent für heimatpolitische Fragen, Peter Wenzel, sagte zu Kandil, es habe nach dem Hinweis des VVN-BdA eine LO-Vorstandssitzung mit dem Beschluß gegeben, daß dieser zukünftig bei keiner LO-Veranstaltung mehr auftreten dürfe. Denn die LO dürfe ihren Bezug staatlicher Förderung nicht durch Kontakte zu Referenten wie Kandil gefährden. (Quelle: *links-enttarnt.de*)

Kündigung nach Türkenwitz. Seit Jahren ätzt der schrille Kabarettist Kay Ray über Sachen, die er spießig und unzeitgemäß findet. Nun wurde ihm ein Türkenwitz am Hamburger Schmidt-Theater zum Verhängnis, obwohl er dort jahrelang mit diesem zusammengearbeitet hatte. Der durch Homo-Propaganda bekanntgewordene bisexuelle Familienvater beging das Sakrileg, Witze über Türken gemacht zu haben. Nachdem sich darüber ein muslimischer Kellner (!) beschwert hatte, kündigte ihm das Theater ohne Anhörung. (Quelle: *journalistenwatch.com*)

Nachtruhe für Abzuschiebende. Nach einem Urteil des Verwaltungsgerichts Düsseldorf muß die Polizei abzuschiebende Ausländer in der Nachtzeit vor Besuchen, insbesondere Durchsuchungen verschonen. Das bedeutet, daß die vom Ausländeramt Duisburg vorgesehene Wohnungsdurchsuchung eines abzuschiebenden Ausländers um 4.30 Uhr unzulässig war. Der frühe Start des Abschiebezugs war für das Gericht kein stichhaltiges Argument. In Berlin setzte die rotgrün-rote Koalition bereits durch, daß die Polizei Asylbewerberunterkünfte nur mit einem richterlichen Durchsuchungsbefehl betreten darf. Dazu wurde deren Wohnheim zur Privatwohnung erklärt. (Quelle: *journalistenwatch.com*)

Denkmal für Drogendealer? Die aus SPD, Grünen und Partei Die Linke bestehende Bremer Landesregierung will einem Kriminellen ein Denkmal setzen. Es geht dabei um einen schwarzen Asylbewerber, der mit Drogen dealte und in Polizeigewahrsam starb. Er hatte sich zuvor gegen die Verabreichung eines Brechmittels gewehrt, da er Drogenpäckchen im Magen verschluckt hatte. Zur Beweissicherung verabreichte ihm ein Arzt das Mittel über eine Nasensonde. Er erbrach und spie fünf Kokain-Päckchen aus. Nachdem er sich geweigert hatte, Erbrochenes auszuspeien, fiel er ins Koma und starb Tage später. Nun gilt er als Opfer von Folter und Rassismus. (Quelle: *jungfreiheit.de*)

Illegale in Luxushotels. Seit Monaten landen täglich unzählige illegale Migranten aus Afrika auf Gran Canaria – im November allein mehr als 8.000! Dabei ermöglicht die direkte Kommunikation zwischen Schlepperbooten und spanischer Küstenwache (Frontex) ein Abholen der Asylsuchenden bereits auf See. Sie werden dann mit Bussen in Nobelhotels gefahren, die auf Grund der corona-bedingten Urlaubsflaute leerstehen. (Quelle: *morgenpost.de*)

Bleiberecht für Gay-Gambier. Nachdem drei Asylgesuche eines Gambiers in der Schweiz abgelehnt waren und er straffällig geworden war, ordneten die Behörden in St. Gallen die Abschiebung des Mannes in seine Heimat vor. Dagegen klagte

dieser beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg mit der Begründung, er werde als Homosexueller in Gambia diskriminiert. Der EGMR entschied, daß die sexuelle Orientierung zur Identität einer Person zähle und in Gambia Angehörige sexueller Minderheiten nicht gegen Angriffe geschützt würden. (Quelle: *jungfreiheit.de*)



Ursula Haverbeck erneut verurteilt. Die 92jährige, die erst Anfang November 2020 aus dem Gefängnis in Bielefeld entlassen worden war, wo sie seit Mai 2018 eine Haftstrafe von insgesamt zweieinhalb Jahren verbüßt hatte, stand am 17. November 2020 vor dem Amtsgericht Berlin-Tiergarten. Am 4. Dezember 2020 verurteilte das Amtsgericht sie in Abwesenheit zu einer Haftstrafe von 12 Monaten ohne Bewährung wegen Volksverhetzung, weil sie 2018 in einem bei Youtube publizierten Video-Interview den Holocaust bestritten hatte. Ihr Anwalt, Wolfram Nahrat, hat gegen das Urteil Rechtsmittel eingelegt. Ob der Prozeß möglicherweise neu aufgerollt werden muß, ist unklar. So lange bleibt die Vlothoerin auf freiem Fuß. (Quelle: u.a. *zeit.de*, 4. 12. 20)



Janine Wissler bewirbt sich um den Linkenvorsitz. Seit 2008 ist Wissler Abgeordnete im Hessischen Landtag und dort Fraktionsvorsitzende ihrer Partei. Um eine mögliche rot-rot-grüne Koalition nach den Bundestagswahlen 2021 nicht zu gefährden, zieht sie sich aus mehreren parteiinternen Gruppen zurück, die der Verfassungsschutz beobachtet, nämlich ›die Sozialistische Linke‹ und die trotzkistische Gruppe ›Marx21‹. Ziel von Marx21 ist es, auf die Überwindung des Kapitalismus hinzuwirken. Statt mitzuregieren, setze man auf Massenbewegungen, die bereit und in der Lage seien, »die herrschende Klasse zu enteignen und den bestehenden, undemokratischen Staatsapparat durch Organe der direkten Demokratie zu ersetzen«. (Quelle: u.a. *spiegel.de*, 8. 9. 20)

Von oben: Ursula Haverbeck und Janine Wissler.

Deutschland verliert jährlich einige Hunderttausend Bürger. Der aktuelle Migrationsbericht der Bundesregierung, der vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge erstellt wird, weist für die Jahre seit 2016 einen Wanderungsverlust von 336.000 Deutschen auf. Bezüglich des Qualifikationsniveaus der fortziehenden Deutschen stellte das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung im vergangenen Jahr Studienergebnisse vor. Demzufolge hatten etwa drei Viertel der Befragten Abwanderer einen Hochschulabschluß – in der Bevölkerung sind das nur gut ein Viertel. Im Schnitt sind sie 37 Jahre alt und damit rund zehn Jahre jünger als die Gesamtbevölkerung. Dieser empfindliche Verlust wird allerdings durch eine starke Zuwanderung bekanntlich mehr als ausgeglichen. Inzwischen hat ein gutes Viertel der Deutschen einen Migrationshintergrund (21,2 Millionen), ist also selbst zugewandert oder hat mindestens einen Elternteil, der ohne deutschen Paß geboren wurde. Das sind etwa 400.000 mehr als im Jahr zuvor.

Die Praxis der Wehrmachtgerichtsbarkeit

Seit einigen Wochen ist ein neues Buch auf dem Markt, das sich mit der Gerichtsbarkeit der deutschen Wehrmacht beschäftigt. Es handelt sich dabei nicht – wie in so vielen Fällen zuvor – um eine historische, sondern eine rechtswissenschaftliche Arbeit. Der Autor, Martin Pfeiffer, seines Zeichens früherer Schriftleiter der österreichischen Monatsschrift *Die Aula* und Vorsitzender der GfP, verfaßte damit seine juristische Dissertation. Buchtitel und Doktorarbeit tragen den Titel *Die Praxis der Wehrmachtgerichtsbarkeit an der Front und im Hinterland. Ein Vergleich von Entscheidungen der Wehrmachtgerichte der 3. Gebirgsdivision und der Standortkommandantur Kroatien*.

Das Werk kann man grob in zwei Teile gliedern. Der erste Teil enthält theoretische Abhandlungen – beginnend mit dem Aufbau der Wehrmachtgerichtsbarkeit. Es folgt die Darstellung des Gangs eines typischen Kriegsgerichtsverfahrens und des damaligen Rechtsrahmens. Schließlich wird auch auf die geschichtliche Entwicklung der deutschen Militärgerichtsbarkeit eingegangen. Bei der anschließenden Bewertung der Wehrmachtgerichtsbarkeit wird der Forschungsstand dargelegt, wobei die unterschiedlichen Ansichten führender Forscher auf diesem Gebiet einander gegenübergestellt werden. Sodann wird der Bewertungsmaßstab festgelegt, also an welchen rechtlichen Kriterien die zu prüfenden Feldurteile zu messen sind.

Der Autor legt dabei die damals geltende Rechtslage zugrunde, aber auch Maßstäbe, die seinerzeit schon zu beachten waren wie Grundsätze der Verhältnismäßigkeit und allgemeine rechtsstaatliche Grundsätze. Er orientiert sich hierbei an höchstrichterlicher Rechtsprechung, die solch ein Korrektiv bei der Bewertung von Urteilen vornahm, die in totalitären Regimen gefällt wurden. Das bedeutet, daß ein Urteilsspruch dann nicht einer heutigen Prüfung standhalten kann, wenn er damals bereits als »offensichtliches Unrecht« erkennbar sein mußte, weil eben gegen elementare Rechtsgrundsätze verstoßen wurde.

Im zweiten Teil des Buches prüft der Verfasser jeweils gut drei Dutzend Feldurteile auf ihre Rechtmäßigkeit. Seine Annahme war, daß sich die heutige These von der »Terrorjustiz« der Wehrmacht – sollte sie allgemeine Gültigkeit haben –, konsequenterweise auch bei der Prüfung dieser Urteile – sowohl der Front- als auch der Hinterlandtruppe – wenigstens im Ansatz widerspiegeln müßte. Doch dem war nicht so: Denn gerade einmal zwei der 78 ausgewerteten Feldurteile waren in die Kategorie »offensichtliches Unrecht« zu verorten! Alle anderen zeigten eine ordentliche juristische Analyse mit vertretbarem Richterspruch. Bei keiner einzigen



Martin Pfeiffer: **Die Praxis der Wehrmachtgerichtsbarkeit an der Front und im Hinterland.**

Ein Vergleich von Entscheidungen der Wehrmachtgerichte der 3. Gebirgsdivision und der Standortkommandantur Kroatien. 360 Seiten, Euro 29,90. ARES Verlag, Graz 2020

eigenmächtigen Abwesenheit von der Truppe wurde ein Soldat wegen Fahnenflucht verurteilt, es fand stets das mildere Delikt »Unerlaubte Entfernung« Anwendung.

Dieses Buch setzt einen Kontrapunkt zu den zahlreichen Veröffentlichungen zeitgeistiger Historiker, die gezielt bestimmte Truppenteile auswählten und dann pauschalierend von einer ›Blut- bzw. Terrorjustiz‹ in bezug auf die Wehrmachtgerichtsbarkeit sprechen. ■

Von Remer zu Dutschke

Erich Körner-Lakatos' neuestes Buch beinhaltet – wie es im Untertitel heißt – »58 Kapitel über Soziologisch-Philosophisches, Polemisches, Historisches, manierliches sowie Vermischtes«. Der Autor mit madjarischen Wurzeln befaßt sich mit so unterschiedlichen Persönlichkeiten wie Theodor Wiesengrund Adorno, Rudi Dutschke oder Otto Ernst Remer. Letztere sind auch auf dem Buchumschlag abgebildet. Darunter steht: »Otto Ernst Remer und Rudi Dutschke – Brüder im Geiste?« Der Verfasser bezieht sich dabei auf ähnliche deutschlandpolitische Vorstellungen, insbesondere deren Ablehnung von zwei nicht souveränen deutschen Staaten mit eigener Armee als Befehlsempfänger fremder Mächte. Dutschke und Remer, beide Mitteldeutsche, lehnten daher auch die Wiederbewaffnung als

Hemmschuh für eine Wiedervereinigung ab und bekannten sich als volksbewußte Sozialisten. Aufschlußreich ist auch das Kapitel »Nürnberger Rassengesetze – Made in US?« mit Bezug auf das neue Buch des Rechtshistoriker der Universität Yale, James O. Whitman, mit dem Titel *Hitler's American Model* (Hitlers amerikanisches Modell – Wie die USA die Rassengesetze der Nationalsozialisten inspirierten). In einem anderen Kapitel setzt sich Körner-Lakatos mit der Rechtsfigur des Protektorats Böhmen und Mähren auseinander und zieht Parallelen zur heutigen nach wie vor nichtsoveränen BRD. Dabei erwähnt der Jurist auch die sog. ›Kanzlerakte‹, deren Existenz umstritten ist. Als Kronzeugen für deren Bestehen zitiert er Willy Brandts Intimus Egon Bahr.



Erich Körner-Lakatos, *Otto Ernst Remer und Rudi Dutschke – Brüder im Geiste?* 58 Kapitel über Soziologisch-Philosophisches, Polemisches, Historisches, manierliches sowie Vermischtes. 312 Seiten, 24,90 Euro. ZurZeit-Edition Band 35, Wien 2020

Originell sind auch Abhandlungen über die k.u.k. Feldbordelle samt Exkurs über besagte Einrichtungen der Wehrmacht sowie k.u.k. Aktivitäten bezüglich der Erlangung eigener Kolonien. Darüber schreibt Körner-Lakatos im Kapitel »Die Westsahara als k.u.k. Vorposten am Atlantik?«, wobei er mehrere vergebliche Versuche Wiens zur Erlangung von Kolonialgebiet weltweit erwähnt. Äußerst interessant sind ferner die Kapitel über die zwei deutschen Ministaaten Luxemburg und Liechtenstein, das einst deutsche Preßburg, das zu Bratislava wurde, über Hollands Gebietsforderungen 1945 sowie Zitate Hitlers aus dessen Tischgesprächen, aber auch »Die Feldgendarmarie im k.u.k. Heer und in der Wehrmacht«. ■

Wichtige Neuerscheinungen!

Benedikt Kaiser · **Solidarischer Patriotismus**



Die soziale Frage ist mit der nationalen Frage untrennbar verknüpft. Die politische Linke ahnt das, kann aber nicht mehr hinter ihren globalistischen Anspruch zurück. Die Rechte findet also Brachland vor. Kaiser nutzt den Freiraum und gibt in seinem Buch die erste umfassende Antwort von rechts auf die soziale Frage. Er fächert sie historisch auf, benennt Vordenker und vergessene Konzepte und verknüpft diese »lieggelassenen Fäden« mit der Gegenwart. Wem gehört unsere Solidarität? Ist die Last gerecht verteilt? Und wo steht die AfD in dieser Frage? (296 S., br. € 18.-)

Gertrud Höhler · **Die Würde des Menschen ist unantastbar**



In ihrer scharfen, wachrüttelnden Analyse stellt Höhler die zielführenden Fragen: Sind wir vorschnell dem Vorbild autoritärer Staaten gefolgt? Warum trennt Gesundheitspolitik die Menschen voneinander, um sie zu retten? Weshalb werden alte Menschen eingezäunt, dürfen Kinder nicht mehr singen? Muß Corona-Politik wirklich die Marktwirtschaft abschalten? Wenn Gesundheitspolitik mehr zerstört als das Virus verwüsten kann, dann geht sie auf Kosten der Würde, die unser Grundgesetz »unantastbar« nennt: »Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.« Ein leidenschaftliches Plädoyer für die Würde, ein entscheidender Impuls zur notwendigen Debatte über die Angemessenheit der Corona-Maßnahmen! (128 S., br. € 12.-)

Krank geimpft - Wenn der Beipackzettel wahr wird ...



Das Thema Impfen wird zunehmend kontrovers diskutiert. Was Impfbefürworter und Impfkritiker aber vereint, ist die Sorge um die Gesundheit ihrer Liebsten. Wer impft, sollte potentielle Risiken und Nebenwirkungen kennen. Diese Entscheidung verändert im schlimmsten Fall das Leben der Geimpften und ihrer Familien komplett. Wenn nämlich die Nebenwirkungen des Beipackzettels wahr werden... Dieses Buch gibt Betroffenen eine Stimme. (129 S., kart. € 12.90)

Daniel Stelter · **Das Märchen vom reichen Land**



Wir leben in Deutschland in der scheinbar besten aller Welten, doch schon bald werden wir feststellen, dass wir nicht das reiche Land sind, das uns Medien und Politik glauben machen wollen. Denn der Boom der hiesigen Wirtschaft ist nicht unser Verdienst, sondern in erster Linie eine Folge der tiefen Zinsen, des schwachen Euro und des Verschuldungsexzesses im Rest der Welt. Um unseren Wohlstand zu sichern, müssten die regierenden Politiker den aktuellen Aufschwung nutzen, um in Infrastruktur, Bildung und Digitalisierung und somit in die Zukunft des Landes zu investieren. Doch stattdessen werfen sie das Geld für höhere Renten und Sozialausgaben zum Fenster raus. (256 S., geb. € 22.99)

Hinweise und Mitteilungen

Sekretariat der Gesellschaft für freie Publizistik:

Klosterhof 4 / D-34399 Wesertal · Tel.: 05572-7310

e-mail: gesellschaft-fuer-freie-publizistik@gmx.de

www.gfp-netz.de/ www.facebook.com/www.gfp-blog.de/



Kennedy sagte bereits 1961 in seiner Rede vor Journalisten, zu welchen verbrecherischen Plänen und Machenschaften die Globalisten fähig sind. Genau so enthüllen sie sich heute im Zuge der Pandemie jedem, der sehen kann – sie haben ihre Masken fallen lassen. Uns dagegen hat man die Masken aufgesetzt und Einschränkungen auferlegt, die noch vor kurzer Zeit undenkbar gewesen wären. Hinter der demokratischen Maske wurde ein System installiert, das undemokratisch und korrupt ist, die Macht mißbraucht sowie die Bürger betrügt. Darum wird es jetzt höchste Zeit zum Handeln! Jeder ist aufgerufen, nach seinen Möglichkeiten Widerstand zu leisten gegen Zensur, Repressionen und die Abschaffung der Meinungsfreiheit. Auch wir werden in unseren Anstrengungen nicht nachlassen.

Liebe Mitglieder und Freunde, der Vorstand der Gesellschaft für freie Publizistik wünscht Ihnen **Frohe Weihnachten und ein gutes Neues Jahr** und dankt Ihnen für Ihre Treue!

Wir brauchen neue Leser und Mitglieder! Zu diesem Zweck kann jeder Leser zusätzliche Exemplare des *Freien Forums* kostenlos beim Sekretariat anfordern und sie in »gute Hände« geben.

Unterstützen Sie die GfP durch den Kauf von Kongreßbroschüren! Mit jeder Buchbestellung fördern Sie die Arbeit der GfP!

Deutsche Identität. 500 Jahre nach Luther.

Die neue Völkerwanderung. Westliche Kriegspolitik und ihre Folgen.

Europas Reconquista. Von der Überfremdung zur Selbstbehauptung.

Jeder Band ca. 192 S., Abb. statt 12.80 nur 5 Euro

**Konto für Beiträge
und Spenden:**

Beilagenhinweis:

GESELLSCHAFT FÜR FREIE PUBLIZISTIK

IBAN: DE 0861 2901 2003 9361 2007

Jahresrechnung mit Zahlkarte

Prospekt der Klosterhaus-Versandbuchhandlung

**DAS
FREIE
FORUM**

Herausgegeben von der Gesellschaft für freie Publizistik e. V., München. Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Martin Pfeiffer. Erscheint vierteljährlich. Nichtmitglieder erhalten das Heft für 4 Euro Spende. Mitglieder erhalten es automatisch. Abdruck mit Quellenangabe frei.

Versand: Klosterhaus-Verlag, 34399 Wesertal